



Weiler-Nord (Vordergrund) ist eines der Neubaugebiete in Weiler. Alle Flächen dort sind mittlerweile vergeben. Aktuell hat die Marktgemeinde keinen Bauplatz mehr. Foto: cm

Bauplätze nur noch an Bürger des Marktes

Wohnen Die Marktgemeinde Weiler-Simmerberg kehrt nach fünf Jahren zu einer früheren Regelung für die Vergabe gemeindlicher Bauplätze zurück

Weiler-Simmerberg Die Marktgemeinde Weiler-Simmerberg vergibt künftig Grundstücke nur noch an Bürger des Ortes. Einen entsprechenden Antrag der CSU-Fraktion hat der Gemeinderat mit 14:5 Stimmen gut geheißt.

Bis zum Jahr 2010 war der Markt restriktiv mit gemeindlichen Grundstücken umgegangen. Einen Bauplatz der Gemeinde konnte nur erwerben, wer fünf Jahre lang seinen Hauptwohnsitz in der Marktgemeinde hatte oder dort seit mindestens drei Jahren arbeitete. Dann wurden die Vergaberichtlinien etwas aufgeweicht. Seit 2010 konnten auch Bürger anderer Westallgäuer Gemeinden einen Platz erwerben. Das Rad wird jetzt wieder zurückgedreht. Die CSU begründete den Antrag mit dem hohen Verbrauch an Bauplätzen. Zudem erwartet sie einen zunehmenden Druck, wenn

andere Gemeinden keine neuen Baugebiete mehr ausweisen sollten. Heimenkirch und Weißensberg haben solche Beschlüsse bereits gefasst. „Wir setzen ein Zeichen, dass wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen“, sagte Bruno Bernhard.

Unterstützung kam auch von den Freien Wählern. Er könne sich gut eine Rückkehr zur alten Regelung vorstellen, sagte Martin Lau. Als „im Grunde richtig und begrüßenswert“ bezeichnete auch Franz-Josef Sauer den Antrag.

Wie Bauamtsleiter Stephan Bauer auflistete, hat die Gemeinde seit 2010 insgesamt 38 Bauplätze vergeben, 28 davon an Bürger des Marktes, sechs an Lindenberger, zwei an Stiefenhofener und jeweils einen Bauplatz an Bürger aus Scheidegg und Heimenkirch. Von den zehn „Auswärtigen“ hatten sieben einen

Bezug zum Markt, weil sie beispielsweise früher dort lebten.

In der Vergangenheit hatte es mehrfach Diskussionen um die Vergaberichtlinien gegeben. Die standen teils unter dem Einfluss eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes. Er hatte ein Einheimischenmodell in Flandern als diskriminierend beanstandet. Seit geraumer Zeit wird deshalb auf europäischer Ebene über eine Regelung gesprochen, die mit EU-Recht vereinbar ist. Wann sie kommen wird, ist aber völlig unklar. Weiter warten wollte der Gemeinderat deshalb mehrheitlich nicht.

Für Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph war die Rechtslage aber Grund, gegen die Änderung zu stimmen. Er habe persönlich kein Problem, zu der alten Regelung zurückzugehen, erklärte der Rathauschef. Er sehe aber als Bürgermeister

die Gefahr einer Rückabwicklung von Verträgen. Die besteht in den Augen von Eberhard Rotter eher nicht. Wegen einer möglichen Haftung müsse sich der Rathauschef keine Sorgen machen, sagte er. Im Übrigen hätte der Rathauschef auch schon gegen zurückliegende Bauplatzvergaben stimmen müssen.

Ein Teil der Räte sah grundsätzlich keinen Grund, die Regeln zu ändern. Gerd Ilg verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren nur drei Bauplätze nicht vergeben worden wären, wenn da bereits strengere Regeln gegolten hätten. Walter Maulhardt sprach von „Kirchturmdenken“ und plädierte dafür, es bei den jetzigen Bestimmungen zu belassen. Die Gemeinde sei vielleicht froh, wenn junge Familien in den Ort ziehen. Er hält das zudem mit Blick auf die Folgen des demographischen Wandels auch für nötig. (pem)